



Wir bringen das Land voran.

***Argumente und Fakten zu den Ergebnissen und Beschlüssen der
CDU-geführten Bundesregierung für eine gute Zukunft unseres Landes***

CDU



Wir bringen das Land voran.

Zur ersten Bundestagswahl 1949 hatte die CDU ein Wahlplakat, das bis heute unsere Art Politik zu machen, sehr gut beschreibt. Der Satz darauf lautete: „Wir können nicht zaubern, aber arbeiten!“ Und das tun wir auch heute: Wir arbeiten dafür, dass es unserem Land gut geht, dass Deutschland ein starkes und erfolgreiches Land ist und die Menschen hier gut und sicher leben können. Und auf diesem Weg kommen wir unter Führung von Angela Merkel sehr gut voran.

So bringen wir Wirtschaft und Arbeit voran:

- **Die Zahl der Beschäftigten steigt weiter und die Arbeitslosigkeit sinkt:** Rund 43,7 Millionen Menschen hatten Ende Juni einen Arbeitsplatz. Das sind gut eine halbe Million mehr als im Jahr zuvor. Die Arbeitslosigkeit lag im Juni 2016 bei rund 2,6 Millionen. Damit haben wir die Arbeitslosenzahl von Rot-Grün aus dem Jahr 2005 mehr als halbiert.
- **Wir investieren in die Zukunft:** Bis 2030 sollen fast 133 Mrd. Euro für Straßen, mehr als 112 Mrd. Euro für den Schienenverkehr und rund 24,5 Mrd. Euro für Wasserwege fließen. Mehr als 1 000 Projekte sind im neuen Bundesverkehrswegeplan namentlich benannt. Für Bildung und Forschung investiert der Bund 2017 rund 17,6 Mrd. Euro. Seit 2005 haben sich die Zahlungen dafür mehr als verdoppelt. So schaffen wir beste Chancen für unsere Kinder. Um die E-Mobilität voranzubringen fördert die Bundesregierung 15 000 neue öffentliche „Stromtankstellen“ mit 300 Millionen Euro.
- **Schnelles Internet für alle – überall:** Die Bundesregierung investiert bis 2020 insgesamt 4 Mrd. Euro in den Breitbandausbau. So wollen wir die flächen-deckende Breitbandversorgung mit 50 Megabit pro Sekunde sicherstellen – damit jeder die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.
- **Wir sorgen für solide Finanzen:** Seit 2014 steht die „schwarze Null“ im Bund, und auch 2016 und 2017 machen wir keine neuen Schulden. Das ist echte Generationengerechtigkeit und schafft Spielräume für weitere Investitionen.
- **Leistung muss sich lohnen!** Deshalb wollen wir Steuererleichterungen und lehnen Steuererhöhungen ab. Anders SPD und Grüne: Sie reden ein Jahr vor der Wahl bereits über Steuererhöhungen, u. a. über die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Die CDU ist der Garant für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Unser Land soll im weltweiten Wettbewerb bestehen können. Dazu wollen wir auch künftig die besten Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit schaffen. Vor allem wollen wir, dass das „Jobwunder“ (FAZ, 30.06.2016) weitergeht.

Unser Ziel bleibt: Arbeit für alle – sicher und fair bezahlt.

So profitieren die Menschen von unserer Politik:

- **Mehr Geld in der Tasche der Bürger:** Die Tariflöhne in vielen Branchen steigen. Zur Bekämpfung der so genannten kalten Progression hat die CDU den Steuertarif der Inflation angepasst. Damit landen Lohnerhöhungen im Geldbeutel der Arbeitnehmer.
- **Auch Geringverdiener profitieren:** Anpassungen beim Mindestlohn orientieren sich an den allgemeinen Lohnzuwächsen. Weil diese steigen, erhöht er sich zum 1. Januar 2017 auf 8,84 Euro.
- **Rekordplus bei Renten:** Sie sind zum 1. Juli so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr gestiegen – um bis zu rund 6 Prozent. Nach den guten Lohnabschlüssen in diesem Jahr werden auch im kommenden Jahr wieder deutliche Rentensteigerungen erwartet.
- **Länger arbeiten wird attraktiver:** Die CDU hat in der Koalition die zügige Einführung der Flexi-Rente durchgesetzt. Damit können Arbeitnehmer ihren Übergang in die Rente fließender gestalten.

So bringen wir die Sicherheit in unserem Land voran:

- **Wir stärken die Sicherheitsbehörden und sorgen für mehr Sicherheit im Alltag:** Die Behörden des Bundes erhalten rund 4 000 Stellen zusätzlich, ihre Ausrüstung wird erheblich verbessert. Der Einsatz von Videokameras an Gefahrenpunkten wird verstärkt.
- **Wir bekämpfen die Gefahren durch organisierte Kriminalität und religiöse Gewalt:** Gewaltbereite Islamisten werden in ihrer Reisefreiheit eingeschränkt. Verbindungsdaten von Festnetz, Handy oder PC werden verbindlich gespeichert.
- **Wir sorgen für mehr Sicherheit gegen Cyber-Kriminalität:** Die CDU will dagegen u. a. mit einer mobilen Einsatztruppe vorgehen, die angegriffenen Unternehmen hilft.
- **Wir schützen die, die uns schützen:** Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienste riskieren jeden Tag Leib und Leben. Wir wollen, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte konsequent verfolgt und härter bestraft wird.
- **Wir sorgen für eine Trendwende bei der Bundeswehr:** Die Truppe soll mehr Geld für Ausrüstung und zusätzliches Personal bekommen. Damit machen wir sie fit für internationale Aufgaben.

Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Wir bekämpfen jede Form von Extremismus, Gewalt und Terror.

Wer unsere freiheitlichen Grundwerte bekämpft, dem treten wir entschieden entgegen. Wer Hass predigt, zu Gewalt aufruft oder Gewalt anwendet, muss hart bestraft werden. Dazu setzen wir auf eine konsequente Strafverfolgung.

Zudem stehen wir seit jeher an der Seite der Polizisten, Soldaten und anderen Sicherheitsbehörden, die tagtäglich mit großem persönlichem Einsatz unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere Sicherheit schützen. Ihre verantwortungsvolle Arbeit verdient unseren hohen Respekt.

So bringen wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft voran:

- **Bessere Leistungen in der Pflege:** Durch die Pflege-reform werden Pflegebedürftige und ihre Angehörigen besser unterstützt.
- **Mehr Respekt für Familie:** Wir haben Eltern mit Kindern weiter entlastet – mit höherem Kindergeld, höheren Kinderfreibeträgen und höherem Kinderzuschlag. Familien sollen selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben gemeinsam gestalten. Deshalb haben wir die Elternzeit flexibler gemacht und in den Ausbau von Kinderbetreuung investiert.
- **Bessere Aufstiegschancen:** Der Zugang zum Studium ist Dank der CDU heute auch ohne Abitur möglich. Eine erfolgreiche Ausbildung wird damit aufgewertet. Kein Bildungsgang ist heute noch Sackgasse. Der Erfolg ist schon sichtbar. Immer mehr junge Menschen haben eine höhere Bildung als ihre Eltern, ergab eine Studie für die Konrad-Adenauer-Stiftung.
- **Das Asylrecht wurde verschärft:** Wir helfen denen, die wirklich Schutz brauchen. Die Asylverfahren werden beschleunigt. Die Ausweisung ausländischer Straftäter wird erleichtert.
- **Pflicht zur Integration ist Gesetz:** Wer bei uns leben will, muss unsere Werte, unsere Art zu leben und unsere Kultur achten und nach unseren Gesetzen leben. Das neue Integrationsgesetz ist ein „Meilenstein“ und trägt die klare Handschrift der CDU. Wir setzen auf das Prinzip „Fördern und Fordern“.

Wir als CDU wollen eine Gesellschaft, in der die Bürger zusammenhalten, füreinander eintreten und in der niemand ausgegrenzt wird.

Besonders wichtig ist für uns der Zusammenhalt zwischen den Generationen, zwischen Starken und Schwachen sowie zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Wir wehren uns gegen alle, die unsere Gesellschaft spalten und Gruppen gegeneinander ausspielen wollen.

I. Wirtschaft und Arbeit

Mehr Jobs

Mehr als 43,67 Millionen Menschen hatten Ende Juni einen Arbeitsplatz. Das sind über eine halbe Million mehr als vor einem Jahr. Auch die Zahl der Arbeitsplätze mit voller Renten- und Arbeitslosenversicherung steigt weiter – gegenüber dem Vorjahr um fast 700 000.

Weniger Arbeitslose

Im Juni waren nur noch 2,61 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das sind fast 100 000 weniger als im Juni 2015. Damit ist die Arbeitslosigkeit so gering wie zuletzt im Juni 1991. Die Arbeitslosenquote lag bei nur noch 5,9 Prozent.

Mitarbeiter gesucht

Im Juni waren allein bei der Agentur für Arbeit knapp 665 000 freie Jobs gemeldet. Gut 95 000 mehr als im Juni 2015.

Leistung wird belohnt

Zur Bekämpfung der kalten Progression wird der Steuertarif der Inflation angepasst. Damit verzichtet der Bund auf mögliche Einnahmen. Höhere Löhne landen im Geldbeutel der Arbeitnehmer.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Zeitarbeit

Zeitarbeiter sollen spätestens nach neun Monaten denselben Lohn wie die Stammbesetzung erhalten. Mit dieser Frist sind Übergangs- und Einarbeitungszeiten berücksichtigt. Ziel der CDU bleibt: Arbeit für alle, sicher und fair bezahlt.

Arbeits-Chancen für Flüchtlinge

Die Zeitarbeit soll auch für Asylbewerber und Geduldete geöffnet werden. Die Vorrangprüfung wird für drei Jahre dort ausgesetzt, wo der Arbeitsmarkt dies erlaubt.

Keine Dauerentleihung mehr in der Zeitarbeit

Für die CDU steht fest: Festanstellungen sollen der Regelfall bleiben. Deshalb sollen Zeitarbeiter nach 18 Monaten im gleichen Betrieb dort direkt eingestellt werden.

Länger arbeiten wird attraktiver

Die CDU hat in der Koalition die zügige Einführung der Flexi-Rente durchgesetzt. Damit wird der Übergang in die Rente fließender gestaltet.

Bürokratiebremse eingeführt

Nach dem Prinzip „One-in, one-out“ muss seit 2015 neuer Verwaltungsaufwand an anderer Stelle ausgeglichen werden. Durch das Bürokratie-Entlastungsgesetz und die Modernisierung des Vergaberechts werden jedes Jahr insgesamt 1,4 Mrd. Euro an Kosten eingespart.

II. Null Euro neue Schulden und Investitionen in die Zukunft

Null Euro neue Schulden

Der Bund macht 2016 zum dritten Mal in Folge keine neuen Schulden. Das entlastet unsere Kinder und Enkelkinder und schafft Spielräume für Investitionen in die Zukunft. Damit sind wir Vorreiter in Europa. Die mittelfristige Finanzplanung bis 2020 sieht auch in den kommenden vier Jahren „null Euro neue Schulden“ vor.

Milliarden für Bildung und Forschung

Allein für das Bundesministerium für Forschung und Bildung stehen 2016 über eine Mrd. Euro mehr zur Verfügung als im Vorjahr. 2017 steigt diese Summe weiter – um 1,1 Mrd. Euro auf rund 17,5 Mrd. Euro.

Forschungsausgaben auf Rekordniveau

84 Milliarden Euro haben Wirtschaft, Wissenschaft und Staat 2014 in Forschung und Entwicklung investiert. Niemals zuvor wurde so ein hoher Wert erreicht.

Rund 130 000 neue Jobs in Forschung und Entwicklung

In nur 10 Jahren ist die Zahl neuer Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung um fast ein Drittel gestiegen – erstmals auf über 600 000.

Investitionsausgaben steigen weiter

Die jährlichen Investitionsausgaben des Bundes steigen von 29,6 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf 35 Mrd. Euro im Jahr 2019. Ein Zuwachs von 5,4 Milliarden Euro im Jahr 2019.

Milliarden für Straßen und Schienen

Die Bundesregierung wird bis 2030 die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich anheben. Im Rahmen des neuen Verkehrswegeplans werden bis zum Jahr 2030 fast 133 Mrd. Euro für neue Straßen, mehr als 112 Mrd. Euro für den Schienenverkehr und rund 24,5 Mrd. Euro für Wasserwege fließen. Insgesamt 269,6 Mrd. Euro – das sind 96 Mrd. Euro mehr als bisher geplant.

Schnelles Internet für alle – überall

Die Bundesregierung investiert insgesamt 4 Mrd. Euro in den Breitbandausbau. Bis 2020 wollen wir die flächendeckende Breitbandversorgung mit 50 Megabit pro Sekunde sicherstellen – damit jeder die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.

Weg frei für offenes WLAN

Zukünftig sollen WLAN-Anbieter nicht mehr für das Fehlverhalten ihrer Nutzer haften. Damit stellt die Bundesregierung Rechtssicherheit für alle Anbieter von WLAN-Hotspots her. So können mehr frei zugängliche WLAN-Netze in Deutschland entstehen.

III. E-Mobilität

15 000 neue „Stromtankstellen“

Mit 300 Mio. Euro fördert die Bundesregierung 15 000 neue öffentliche Ladestationen. Sie sollen dort sein, wo man sie braucht: an Tankstellen und Autohöfen an den Hauptstraßen, auf Parkplätzen an Bahnhöfen und Flughäfen, vor Supermärkten und Sportplätzen.

4.000 Euro Umweltbonus

Käufer von Elektroautos erhalten bis Juni 2019 einen Zuschuss von 4.000 Euro. 3.000 Euro Zuschuss gibt es für Autos mit Hybrid-Antrieb – mit aufladbarer Batterie und Verbrennungsmotor. Bund und Autoindustrie stellen dafür 1,2 Mrd. Euro bereit.

10 Jahre steuerfrei fahren

Die Käufer von Elektroautos werden für zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Bislang waren es fünf Jahre. Diese Regelung gilt rückwirkend zum 1. Januar 2016.

Vorbild: Jedes 5. Auto beim Bund fährt demnächst elektrisch

Der Bund geht mit gutem Beispiel voran. Für seinen Fuhrpark will er bis 2021 rund 20 Prozent E-Autos beschaffen. Damit wird das 2011 beschlossene 10-Prozent-Ziel verdoppelt.

IV. Innere und Äußere Sicherheit

Stärkerer Schutz und bessere Strafverfolgung

Zur Verfolgung schwerer Straftaten werden künftig Verbindungsdaten vom Festnetz, Handy oder PC für kurze Zeit gespeichert – eine langjährige Forderung der CDU. Die Speicherung von Verbindungsdaten macht eine bessere Bekämpfung von Kriminalität und Terror möglich. Die Regelungen zum Speichern der Daten sind klar, transparent und sehr streng. Unverhältnismäßige Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte werden ausgeschlossen.

Vorbeugung fördern

Wer seine Wohnung gegen Einbruch schützt, kann dafür Zuschüsse vom Staat bekommen.

Terror bekämpfen

Die CDU hat durchgesetzt, dass gewaltbereiten Islamisten nicht nur der Reisepass, sondern auch der Personalausweis entzogen werden kann. Damit soll die Ausreise aus Deutschland und eine Rückkehr verhindert werden. Die Ausreise zur Ausbildung in einem „Terrorcamp“ wurde ebenso wie die Finanzierung von Terrorgruppen unter Strafe gestellt.

Schutz vor Cyber-Attacken

Erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle bei Wasser- oder Stromversorgung, Telefon und Netzwerken müssen gemeldet werden. Für einen schnellen Informationsaustausch der Behörden haben wir das „Cyberabwehrzentrum“ geschaffen.

Einsatzkräfte werden besser geschützt

Polizisten und Einsatzkräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes, des Technischen Hilfswerks sowie der Rettungsdienste setzen ihr Leben für uns ein. Gewalt gegen sie wird nicht toleriert. Die CDU hat dafür gesorgt, dass Widerstand gegen Polizisten und andere Einsatzkräfte strenger bestraft werden kann. Den Schutz von Einsatzkräften wollen wir mit einem eigenen Straftatbestand weiter verbessern.

Wir stärken die Truppe

Die CDU-geführte Bundesregierung setzte eine Trendwende bei der Bundeswehr durch. Bis 2030 sollen nun jährlich neun Mrd. Euro investiert werden. Das Rüstungsmanagement wurde professionalisiert. Die Zahl der Soldaten wird in den nächsten Jahren um etwa 14 000 Soldaten erhöht. Der Dienst in der Bundeswehr wird attraktiver gemacht.

Mehr Geld für Verteidigung

Der Verteidigungshaushalt wird der neuen sicherheitspolitischen Lage angepasst. Der Etat des Verteidigungsministeriums soll 2017 um 1,7 Mrd. Euro auf 36,61 Mrd. Euro steigen. Im Finanzplanungszeitraum ist eine weitere Erhöhung bis auf 39,18 Mrd. Euro im Jahr 2020 vorgesehen.

Internationale Verantwortung übernehmen

Auch jenseits des NATO-Bündnisses nimmt Deutschland eine größere Rolle wahr. Zur Bekämpfung des Schlepperwesens nimmt die Bundeswehr seit 2016 am NATO-Einsatz in der Ägäis teil. Seit 2014 unterstützt die Bundesrepublik die Peschmerga mit Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe für ihren Kampf gegen die Terrororganisation IS. Die Bundeswehr weitete ihren Syrien-Einsatz nach Ausrufung der EU-Beistandsverpflichtung nach den Terroranschlägen im November 2013 in Paris aus.

V. Zusammenhalt der Gesellschaft

Mehr Kindergeld und höhere Kinderfreibeträge

Nach 2015 gab es auch 2016 mehr Kindergeld. Für das erste und zweite Kind gibt es jetzt 190 Euro, für das dritte Kind 196 Euro und für jedes weitere Kind 221 Euro monatlich. Der Kinderfreibetrag stieg für das Jahr 2015 auf 7.152 Euro. Für 2016 sogar auf 7.248 Euro

Zeit für die Familie

Die Elternzeit haben wir flexibler gemacht. Elterngeld Plus kann über einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen werden.

Mehr Betreuungsplätze

Durch den Ausbau der Betreuungsplätze haben Familien mehr Angebote zur Auswahl. So können sie selbst entscheiden, wie sie Familie und Beruf vereinbaren.

Bessere Krankenversorgung auf dem Land

Die Krankenkassen und der Gesundheitsfonds fördern Modellprojekte – beispielsweise für bessere medizinische Angebote in unterversorgten Regionen. Dafür stellen sie jährlich 300 Millionen Euro bereit

Landarzt-Praxen werden gefördert

Ärzte erhalten Anreize, ihre Praxis dort zu eröffnen, wo das Angebot derzeit zu gering ist – beispielsweise durch Zuschüsse für Einrichtung und Ausstattung. Darüber hinaus werden Zentren zur medizinischen Versorgung gefördert und die enge Zusammenarbeit von Arztpraxen unterstützt. Denn wer ernsthaft krank ist, braucht einen Arzt in der Nähe.

Kürzere Wartezeiten für Facharzt-Termine

Neue Termin-Servicestellen unterstützen die Patienten. Die Behandlungsabläufe werden besser zwischen Ärzten, den Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen abgestimmt.

Krankenhausstrukturen verbessern

Dafür stehen eine Milliarde Euro zur Verfügung. Damit sollen unter anderem die Angebote den Bedürfnissen angepasst und Fachkliniken gestärkt werden. Die Qualität der Behandlung wird ein wichtiges Kriterium bei der Krankenhausplanung.

Mehr Geld für die Pflege in den Krankenhäusern

Dazu ist ein Pflegestellen-Förderprogramm aufgelegt. Für die Jahre 2016 bis 2018 gibt es dafür 660 Millionen Euro. Danach sollen jedes Jahr bis zu 330 Millionen Euro investiert werden.

Bessere Leistungen in der Pflegeversicherung

Die Zahlungen der Pflegeversicherung für Pflegeleistungen wurden um vier Prozent angehoben. Zudem können bis zu 20 000 zusätzliche Betreuungskräfte in Pflegeheimen eingestellt werden. Auch Demenzkranke ohne Pflegestufe können künftig Sachleistungen der teilstationären Tages- und Nachtpflege beanspruchen. Die Leistungen für Pflege zu Hause werden ausgebaut.

**Unterstützung für
Pflegebedürftige, Pflegepersonal
und Angehörige**

Die Zahlungen der Pflegeversicherung für Pflegeleistungen wurden um vier Prozent angehoben. Zudem können bis zu 20 000 zusätzliche Betreuungskräfte in Pflegeheimen eingestellt werden. Auch Demenzkranke ohne Pflegestufe können künftig Sachleistungen der teilstationären Tages- und Nachtpflege beanspruchen. Die Leistungen für Pflege zu Hause werden ausgebaut.

**Pflegestärkungsgesetz II
beschlossen**

Das zweite Pflegestärkungsgesetz wurde beschlossen. Durch die Reform erhalten viele Pflegebedürftige ab 2017 nochmals höhere Leistungen. Die Bedürfnisse des einzelnen Pflegebedürftigen können künftig noch besser berücksichtigt werden. Die Selbständigkeit von Pflegebedürftigen wird unterstützt und die Leistungen für Menschen mit Demenz werden erhöht.

VI. Zuwanderung, Einwanderung und Integration

Pflicht zur Integration ist Gesetz

Wer bei uns leben will, muss unsere Werte, unsere Art zu leben und unsere Kultur achten und nach unseren Gesetzen leben. Das Integrationsgesetz ist ein „Meilenstein“ und trägt die klare Handschrift der CDU. Wir setzen auf das Prinzip „Fördern und Fordern“.

Das Asylrecht wurde verschärft

Die Asylverfahren wurden beschleunigt. Die Ausweisung ausländischer Straftäter wurde erleichtert.

Klare Regeln zum Bleiberecht

Nur wer eindeutige Leistungen zur Integration erbracht hat, kann nach fünf Jahren unbefristet bleiben. Bei herausragenden Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren. Dazu zählen gute deutsche Sprachkenntnisse, eine Ausbildung oder ein Arbeitsplatz.

VII. Bildung und Ausbildung

Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland

Dazu wurde ein Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren eingeführt. Von 2012 bis 2014 wurden allein in dem vom Bund geregelten Berufen 44 000 Anträge auf Berufsanerkennung gestellt. Eine Ausbildung im Ausland zu machen, wird dadurch für viele Jugendliche attraktiver.

Bessere Aufstiegschancen

Immer mehr junge Menschen haben eine höhere Bildung als ihre Eltern, ergab eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Fast 54 Prozent der 30- bis 65-jährigen sind solche „Bildungsaufsteiger“.

Mehr Studenten ohne Abitur

Wer eine Berufsausbildung hat, darf heute auch ohne Abitur studieren. Eine erfolgreiche Ausbildung wird damit aufgewertet und dem Abitur teilweise gleichgestellt. Von 2010 bis 2014 hat sich die Zahl der Studierenden ohne Abi dadurch auf knapp 50 000 verdoppelt.

BAföG deutlich angehoben

Für die Studierenden erhöht die CDU-geführte Bundesregierung das BAföG zum Wintersemester 2016/17 um 7 Prozent. Auch die Freibeträge für das Elterneinkommen steigen, sodass mehr Studierende und Schüler BAföG erhalten können.

CDU stärkt Meister-BAföG

Die Leistungen beim Meister-BAföG werden zum August 2016 deutlich angehoben. Über 170 000 Personen nehmen das Meister-BAföG jedes Jahr in Anspruch.

VIII. So profitieren die Menschen

Mehr Geld in der Tasche

Die Menschen profitieren von steigenden Löhnen und geringer Inflation. Die Tariflöhne steigen 2016 um bis zu 2,8 Prozent, die Preise stiegen von Mai 2015 bis Mai 2016 nur um 0,1 Prozent. Das heißt: Die Menschen haben mehr Geld in der Tasche und können sich mehr leisten.

Mindestlohn steigt

Die Mindestlohnkommission hat entschieden: Der Mindestlohn steigt ab 2017 auf 8,84 Euro je Arbeitsstunde. Das ist eine Anhebung um 4 Prozent.

Deutliches Plus für Rentner

Die Renten stiegen zum 1. Juli 2016 so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr. Im Westen steigen die Renten um 4,25 Prozent, im Osten um 5,95 Prozent. Die starke wirtschaftliche Entwicklung und die sehr gute Lage am Arbeitsmarkt zahlen sich damit auch für die ältere Generation aus. Wegen der steigenden Löhne 2016 können Rentner auch 2017 mit deutlichen Rentenanhebungen rechnen.

„Mütterrente“ ausgeweitet

Eltern bekommen eine höhere Rente für jedes Kind, das vor 1992 geboren wurde. Insgesamt 9,5 Millionen Eltern erhalten mehr Geld. Pro Kind gibt es seit 1. Juli 2016 rund 355 Euro im Jahr zusätzlich, rund 29,50 Euro im Monat.
